Kleine Anfrage mit Antwort

Wortlaut der Kleinen Anfrage

der Abgeordneten Christa Reichwaldt (LINKE), eingegangen am 25.10.2012

Armutsverteilung bei Schülerinnen und Schülern nach Schulform

In der Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Schule muss man sich leisten können“ wurde auch die Armutsverteilung der Schülerinnen und Schüler, gegliedert nach Schulformen, thematisiert. Die Antwort der Landesregierung (Drs. 16/1445) zeigt: Gymnasiastinnen und Gymnasiasten kommen statistisch gesehen aus reicheren Familien, Förderschülerinnen und Förderschüler aus armen Familien. Während der Anteil an Kindern, die von der Bezahlung der Lernmittel aus sozialen Gründen befreit waren, im Schuljahr 2008/2009 an Grundschulen 14,4 % betrug, waren an Gymnasien nur 4,4 % befreit, an Hauptschulen 28,1 % und an Förderschulen sogar 43,8 %. Diese Verteilung ist keine Momentaufnahme. Im Schuljahr 2010/2011 betrug die Freistellungsquote an Grundschulen 15,1 %, an Gymnasien 4,2 %, an Hauptschulen 28,5 % und an Förderschulen 43,7 %.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie hoch ist der Anteil an Schülerinnen und Schülern, die im Schuljahr 2011/2012 von der Entgeltzahlung für Lernmittel freigestellt waren (bitte aufgeschlüsselt nach Schulformen)?
2. Wie hoch ist der Anteil an Schülerinnen und Schülern, die im Schuljahr 2012/2013 von der Entgeltzahlung für Lernmittel freigestellt sind (bitte aufgeschlüsselt nach Schulformen)?

(An die Staatskanzlei übersandt am 31.10.2012 - II/72 - 1527)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Kultusministerium
- 01-01 420/5-1527 -

Hannover, den 12.11.2012

Im Mittelpunkt der Bildungspolitik der Landesregierung steht weiter die qualitative, begabungsgerechte und individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler. Kinder und Jugendliche aus Familien, die ihren Lebensunterhalt nicht oder nicht vollständig aus eigenen Kräften und Mitteln bestreiten können, erhalten deshalb staatliche Unterstützungen. Hierdurch wird gewährleistet, dass dem Gebot der Bildungsgerechtigkeit sowie dem Gebot der Chancengleichheit grundsätzlich Rechnung getragen wird und Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer sozialen Herkunft oder ihrer Begabung entsprechend gefördert werden.

Die meisten Eltern von schulpflichtigen Kindern müssen durch das Angebot der entgeltlichen Ausleihe von Lernmitteln die Lernmittel nicht vollständig auf eigene Kosten anschaffen. Sie werden aufgrund dieses Angebots bis zu zwei Dritteln von den Kosten für Lernmittel entlastet.

Bei Familien mit drei oder mehr schulpflichtigen Kindern sollen für jedes Kind nur 80 % des von der jeweiligen Schule festgesetzten Entgelts für die Ausleihe erhoben werden. Darüber hinaus kann die Schule bei der Festsetzung des Entgelts die sozialen Verhältnisse berücksichtigen.

Ein Großteil der schulpflichtigen Kinder aus Familien, die ihren Lebensunterhalt nicht oder nicht vollständig aus eigenen Kräften und Mitteln bestreiten können, ist vom Entgelt für die Lernmit-

telausleihe vollständig befreit. Auch in diesem Jahr stellt das Land hierfür als freiwillige Leistung 3,39 Mio. Euro zur Verfügung.

Die Lernmittelausleihe stellt somit insgesamt ein sozial ausgewogenes Angebot für die Eltern in Niedersachsen dar.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich namens der Landesregierung die Fragen im Einzelnen wie folgt:

Zu 1:

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die im Schuljahr 2011/2012 von der Entgeltzahlung für Lernmittel freigestellt waren, stellt sich wie folgt dar:

Schulform	Anteil der Freistellungen im Schuljahr 2011/2012
GS	16,6 %
HS	31,3 %
RS	15,7 %
FöS	44,9 %
Gymnasien	4,6 %
Gesamtschulen	13,0 %
BBS	11,3 %

Zu 2:

Die Daten der entgeltlichen Ausleihe von Lernmitteln im Schuljahr 2012/2013 liegen noch nicht vor. Diese werden zurzeit erhoben und voraussichtlich ab Mitte Dezember 2012 zur Verfügung stehen.

In Vertretung

Dr. Stefan Porwol